Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 3 (1923-1924)

Heft: 5

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Vorbemerkung der Schriftleitung: Die Uebersicht über die Lage der internationalen Politik — „Zur politischen Lage" — wird künftig von Dr. Hektor Ammann geschrieben werden. Dafür haben wir uns die „Schweizerische Umschau" zum Betätigungsfeld auserwählt. Unter welchen Gesichtspunkten wir dabei schweizerische Fragen der inneren und äußeren Politik zu behandeln gedenken, möge im folgenden kurz skizziert werden.

* * *

Wir erblicken im Staat eine Organisationsform, in der sich das Leben einer Gemeinschaft von Menschen verwirklicht. Es ist müßig zu untersuchen, ob der Staat erst eine Gemeinschaft schafft, oder ob naturgemäße Gegebenheiten, wie Gleichheit von Blut und Sprache, geographische Einheit des Wohnsitzes usw., den Anstoß zur Staatsbildung geben. Feststehend ist, daß Menschen in größerer Anzahl und auf engem Raume nie anders als in einer Organisationsform, die wir als staatliche bezeichnen, haben zusammenleben können. Warum dem so ist, soll uns hier nicht weiter beschäftigen. Versuche, sich aus der Zwangsjacke einer bestimmten Staatsform und schließlich überhaupt jeglicher Staatsform zu befreien, theoretisch begründet mit dem Hinweis auf einen angeblichen zwangslosen und formlosen Urzustand menschlichen Zusammenlebens, haben praktisch stets zu unhaltbaren Zuständen, zu einem Kampf aller gegen alle geführt, den nur die Wiederinkraftsetzung einer staatlichen Form zu beendigen vermochte. Die Frage, ob nicht am Ende irgend einer menschlichen „Entwicklung" ein staatsloser Zustand denkbar sei, könnte höchstens dann einen Sinn haben, wenn man damit verstehen wollte, daß die Anzahl der Gemeinschaften, die in Staaten verwirklicht sind, immer kleiner wird und schließlich eine einzige Gemeinschaft, in einem einzigen Staat verkörpert, alle einzelnen Menschen umfassen würde. Die Geschichte lehrt, daß in rhythmischer Wiederholung je und je ganze Völkergruppen, ursprünglich aus vielen Gemeinschaften und Staaten bestehend, in einen einzigen Staat zu einer einzigen Gemeinschaft zusammengefaßt worden sind, allerdings nicht so, daß dieser letzte Staat der einzige auf der Erdoberfläche gewesen wäre. Wie solche „Weltreiche" entstanden, sind sie auch stets nach dem Schwinden ihrer Lebenskraft wieder zerfallen. Immer aber — und das ist das wesentliche — war die Form menschlichen Zusammenlebens eine staatliche. Staatsloses Zusammenleben hat es nie gegeben, außer in chaotischen Zeiten des Ueberganges oder der Auflösung jeglichen geordneten Daseins überhaupt.

Das Wesen des Staates besteht darin, daß er etwas von dem einzelnen Glied der Gemeinschaft Losgelöstes darstellt, eine überpersönliche Form, ein Gesetz, das sich die Mitglieder einer Gemeinschaft geben, eine Macht, die sich der einzelne gegenüberstellt, um von ihr beherrscht und in Form gehalten zu werden. Dieses Wesen bleibt sich gleich im Gewaltstaat und im sog. Rechtsstaat. Wechsel und Aenderung besteht nur darin, wer das Machtmittel des Staates handhabt: ob ein Diktator aus eigener Machtbefugnis, ein Monarch aus Legitimität, eine Aristokratie der Geburt oder der realen Machtmittel, eine Vertretung des Volkes oder das Volk mit dem Stimmzettel selbst. Im Verlaufe der Geschichte eines bestimmten Staates kann dessen Machtmittel von den verschiedensten Gliedern und Schichten seiner Gemeinschaft und auf die verschiedenste Art gehandhabt werden. Ein Wechsel im Besitz der Staatsgewalt bedeutet an sich keine Aenderung im Fortbestehen eines Staates. Dieses hängt lediglich davon ab, ob der Wille zu seiner Aufrechterhaltung in genügender Stärke vorhanden ist.

Im Wesen des Staates liegt es, daß er für die Gesamtheit seiner Angehörigen, d. h. zum Wohl und Nutzen jedes seiner Glieder da ist. Das schließt

nicht aus, daß der Inhaber und Träger der Staatsgewalt, um diese gehörig handhaben zu können, formell oder faktisch bevorteilt ist. Sobald dieser aber seine bevorrechtete Stellung in dem Sinne auffaßt und ausnützt, daß er die ihm übertragene Gewalt für seine persönlichen Zwecke fruchtbar zu machen, den Staat als sein persönliches Eigentum zu nutzen sucht, verstößt er gegen das Wesen des Staates. An und für sich gibt es im Staat nur eine einzige Partei, die der im Staate verkörperten Gemeinschaft. Wenn aber die Inhaber der Staatsgewalt — eine Dynastie, eine Aristokratie, eine bestimmte Volksschicht — seine Gewalt für persönliche Zwecke mißbrauchen oder zu ihrer Handhabung unfähig sind, tritt ihnen aus der Gemeinschaft heraus eine Partei entgegen, die an ihrer Stelle zur Staatsgewalt strebt. Aller Parteikampf ist im Grunde ein Kampf einzelner Teile der Gemeinschaft um die Staatsgewalt. Das Bestehen mehrerer, sich bekämpfender Parteien widerspricht an sich dem Wesen des Staates. Es ist nicht ein natürlicher, sondern ein krankhafter Zustand, der den Staat dem Zerfall zuführt, wenn er ein dauernder wird. Eine Parteibildung kann also berechtigt sein, wenn sie die Ablösung der Staatsgewalt aus der Hand eines unfähigen Inhabers bezweckt. Gegründet um grundsätzlich den Zwist in die Gemeinschaft des Staates zu tragen, bedeutet sie die Untergrabung des Staates und die Schädigung aller Glieder der betreffenden Gemeinschaft.

* * *

Geleitet von einer mechanischen Erfassung der Wirklichkeit und des geschichtlichen Geschehens hat der marxistische Sozialismus auf sein Programm das Hineintragen des unheilbaren Zwistes in die im Staat verkörperte Gemeinschaft und als Endziel die Vernichtung des Staates selbst geschrieben. Der Sozialismus sieht in der Geschichte, im Dasein der Staaten und Völker nicht ein Entstehen und Vergehen, ein Nebeneinanderleben und Zusammenwachsen von Organismen, von schöpferischen organischen Lebensmittelpunkten. Nach den Methoden der Mechanik und Chemie zieht er Querschnitte durch das lebendig Gewachsene, konstruiert er horizontale Gliederungen in die vertikal gegliederten Organismen der Staaten. An Stelle der staatlichen Organismen, die wie in der übrigen Natur im Kampf um Licht und Sonne miteinander liegen, sieht er Querschichten, menschliche „Klassen" auf der Erdoberfläche übereinander gelagert und im Kampf um die „Herrschaft" miteinander begriffen. Als Endziel schwebt ihm vor die Vernichtung all der staatlichen Organismen, in die er die Menschen heute gegliedert findet, schwebt ihm vor die darauf folgende Zusammenfassung der untersten Schichten des „Proletariates" dieser staatlichen Organismen zum Kampfe gegen die „Bürger-Klasse" und schließlich die Herstellung eines staatslosen Zustandes der gesamten „Menschheit" auf den Trümmern der „bürgerlichen" Staatenwelt.

Es ist ganz zweifellos, daß diejenigen Volksschichten in den europäischen Staaten, denen der marxistische Sozialismus als Kampftheorie diente, sich in den letzten Jahrzehnten zu bedeutender Macht und zu großem Einfluß zu erheben vermocht haben. Ob das in erster Linie dank der sozialistischen Theorie war, wollen wir hier ununtersucht lassen. In die Wirklichkeit hat sich die Theorie des Sozialismus nirgends überführen lassen — wie sich ihre Anhänger gern vorstellen, weil noch nicht die Gesamtheit der „bürgerlichen" Staaten zerschlagen sei und dementsprechend noch nicht das gesamte Weltproletariat erfolgreich das „kapitalistische Bürgertum" zu vernichten vermocht habe. Wo die Träger des Sozialismus im Gefolge der vom Weltkriege hervorgerufenen staatlichen Erschütterungen an die Macht gelangt sind, haben sie entweder den betreffenden Staat zerschlagen und ein furchtbares Chaos angerichtet, um auf einem blutigen und kostspieligen Umweg schließlich wieder beim Staat als der unvermeidlichen Organisationsform jeder menschlichen Gemeinschaft zu landen; oder sie haben die Staatsgewalt, zu der sie in ihrem Staate gelangten, nicht wesentlich anders zu handhaben vermocht als die vorherigen Inhaber. Das erstere war in Rußland, das letztere in Deutschland der Fall. Der Sozialismus als Lehre von der notwendigen Ueberwindung des Staates wie als Lehre des notwendigen Klassen-

kampfes hat seine Undurchführbarkeit, seine Unfruchtbarkeit und Verderblichkeit für alle Glieder der Gemeinschaft offenbart. Heute sind die von ihm betroffenen europäischen Staaten bemüht, die Schäden, die er angerichtet hat, nach Möglichkeit wieder gut zu machen.

Es wäre aber kurzsichtig, wenn man annehmen wollte, diese Wiedergutmachung bestünde in einer bloßen Wiederherstellung der Zustände, wie sie vor der Machtentfaltung des Sozialismus vorhanden gewesen sind. Die starke Industrialisierung der europäischen Staaten mit dem Entstehen großer Arbeitermassen im Gefolge wird die künftige innere politische Gestaltung der europäischen Staaten wesentlich beeinflussen. Nach welcher Richtung dieser Einfluß wirksam sein wird, hängt allerdings sehr stark von der Fähigkeit der betreffenden Arbeitermassen und ihrer Führer ab, umzulernen, sich vom Irrtum ihrer bisherigen Lehre zu befreien und ihre wirkliche Lage zu erkennen. Noch ist heute derjenige Staat, der verhältnismäßig die größte Anzahl marxistisch-sozialistisch geschulter und denkender Bürger besitzt, im Konkurrenz- und Daseinskampf der Staaten untereinander der schwächste und am meisten benachteiligte. Der Parteikampf, wie er heute zur Hauptsache infolge der sozialistischen Klassenkampflehre in den meisten europäischen Industriestaaten tobt, bedeutet eine geradezu unsinnige Kräfteverschleuderung zu gänzlich unfruchtbaren Zwecken. Auch mindert die grundsätzliche Obstruktion des Sozialismus mit dem Ziel der Untergrabung der Macht und des Ansehens des Staates die Wehr- und Widerstandsfähigkeit des Staates nach außen. Fahren die sozialistischen Arbeitermassen fort, den eigenen Staat durch den Klassenkampf in seiner Wirtschaftskraft wie in seiner Wehrfähigkeit zu untergraben, so sägen sie schließlich selbst den Ast ab, auf dem sie sitzen: der betreffende Staat verliert seine Konkurrenzfähigkeit, damit seine industrielle Lebensmöglichkeit und die Arbeiterschaft schließlich die eigene Erwerbsmöglichkeit. Das ist diese unerbittliche Selbstkorrektur, die wir nicht nur im Reiche der Pflanzen- und Tierwelt, sondern auch in den komplizierten Vorgängen geschichtlichen Geschehens wahrnehmen können: wer sich in Theorien verbohrt und vor lauter Verbohrtheit seine eigenen Lebensinteressen nicht mehr wahrzunehmen versteht, wird rücksichtslos ausgemerzt. Deutschland mit seinen 20 Millionen Menschen „zu viel" steht heute vor dem Kreuzweg: tobt der Parteikampf in seinen Reihen weiter wie bisher, ihm die notwendigsten Kräfte zum geistigen und materiellen Aufbau verzehrend, seinen Staat innerlich zerreißend, zur Wehrlosigkeit nach außen verurteilend, dann werden die 20 Millionen schließlich irgendwie ab- oder untergehen müssen. Und zwar wird, neben der bürgerlichen Mittelschicht, in erster Linie die Arbeiterschaft davon betroffen werden. Der Sozialismus merzt sich dergestalt durch die Vernichtung seiner Träger selbst aus.

Die Schweiz, in ihrer sozialen und wirtschaftlichen Struktur Deutschland nah verwandt, steht vor einem ähnlichen Kreuzweg wie Deutschland. Auch wir können ein Drittel bis ein Viertel unserer Bevölkerung nicht aus eigenen Mitteln ernähren. Verlieren wir infolge der Kräftevergeudung durch die innere Reibung eines sinnlosen und ausgearteten Parteikampfes die Konkurrenzfähigkeit, so verlieren wir die Möglichkeit der bisherigen Industrialisierung. Damit verliert aber ein Großteil der Arbeiterschaft die Existenzmöglichkeit. Auch in der Schweiz gibt es dann eine Million Menschen „zu viel". Das Auswanderungsproblem beschäftigt ja heute bereits viele Köpfe. Die Wehrfähigkeit nach außen spielt für die Schweiz als einen neutralen Kleinstaat nicht die gleiche Rolle wie für einen Großstaat. Auch bei voller Wehrfähigkeit ist die Schweiz nicht in der Lage, die ihr ungünstigen Verhältnisse der internationalen Politik aus eigener Kraft und eigenem Willen zu ändern. Belanglos, auch für die Gestaltung der internationalen Verhältnisse, ist es aber trotzdem nicht, ob wir ein achtunggebietender, von einem starken nationalen Willen getragener, wehrfähiger Kleinstaat, oder nur ein machtloses, innerlich zerrissenes und uneiniges Gebilde sind, das zur Wahrung seiner nationalen Rechte und zu seiner Verteidigung Jünglinge mit Rosensträußen aufbietet und an die Grenze schickt.

Das zaristische System mit seinem Adel und seinen Militärs hatte zweifellos seit langem nicht mehr zur Handhabung der Staatsgewalt in Rußland getaugt.

Infolge der Erschütterungen des Weltkrieges bedurfte es kaum noch eines wesentlichen Anstoßes, um es zu beseitigen. Sein erster Nachfolger, die in westeuropäischen Ideen befangene, dem russischen Volkstum fremde Demokratenschicht erwies sich nach kurzer Zeit ebenfalls zur Herrschaft unfähig. Sie wurde abgelöst durch die kleine Schicht willensstarker, zum äußersten entschlossener sozialistischer Extremisten, die Bolschewisten, die mit diktatorischer Gewalt die Herrschaft über das dem inneren Chaos zutreibende Riesenreich ergriffen. Sie haben sich als neue, zur Hauptsache aus der Arbeiterklasse, oder wenigstens der Arbeiterbewegung hervorgegangene Aristokratie bis heute in der Herrschaft erhalten, nicht wegen, sondern trotz ihrer sozialistischen Wirtschafts- und Staatstheorie. Dem Arbeiter geht es heute kaum irgendwo schlechter als in Rußland, und das zur Hauptsache wegen der sozialistischen Versuche, die die neuen Inhaber der Gewalt angestellt haben, und durch die die schon schwer erschütterte Wirtschaft und Staatsverwaltung völlig zum Erliegen kam. Aber die russischen Machthaber sind heute im Umlernen begriffen. Rußland ist unter ihrer Herrschaft im Begriff, zum bewußten, vom Volk als geschlossener Gemeinschaft getragenen Nationalstaat zu werden, mehr als es das jemals unter dem Zarentum war.

Aus der Arbeiterschaft oder zum mindesten der Arbeiterbewegung ist auch ein Großteil der neuen Machthaber Italiens, der Führer des Fascismus, hervorgegangen. Vor einem Jahr noch ein durch Parteiwirtschaft und Parteikampf an den Rand des Abgrundes geführtes Land, steht heute schon, nach dreiviertel Jahren der neuen Herrschaft, Italien achtunggebietend nach außen, im Innern geschlossen, wirtschaftlicher Gesundung entgegengehend, mit geordneter Verwaltung und geordneten öffentlichen Verhältnissen da. Taktisch geschmeidig, aber im Willen unbeugsam, zielt der Fascismus auf den parteilosen Staat, der nur für die Gemeinschaft, für die Ziele und Zwecke der ganzen Nation da ist, nicht für die Parteien und ihre Ziele. Das Wohl der Allgemeinheit, die Größe der Nation soll im fascistischen Staat nur wegleitend sein. Steht die Nation groß und achtunggebietend da und ergeht es der Allgemeinheit wohl, dann stellt sich dabei auch der einzelne Bürger gut. Dem mehr beweglichen als nachhaltigen Südländer, der nicht zum Dogma und zu theoretischen Verbohrtheiten neigt, geht diese Erkenntnis mühelos ein. — Das Hauptmerkmal des Fascismus ist, daß er, teilweise aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen, zuerst die parteiliche Organisation der Arbeiterschaft, den Sozialismus, materiell und geistig zerschlagen hat. Aber das nicht als ein „bürgerlicher Ordnungsblock", denn heute ist er im Begriff, die bürgerlichen Parteien ebenso zu zerschlagen, wie er die sozialistische Partei zerschlagen hat. Sein Ziel ist eben der parteilose Staat, nicht die Partei, auch wenn er, um dazu zu gelangen, den Weg der Bildung einer eigenen, einer nur nationalen, einer reinen Staatspartei hat beschreiten müssen. Heute geht seine Partei im Staate, der weder mehr bürgerlich noch sozialistisch ist, oder der Staat in seiner Partei auf.

Nordwärts der Alpen leben wir in einem kühleren Klima mit entsprechend kühleren Temperamenten. Aber die Verhältnisse sind auch bei uns bald auf einem toten Punkt angelangt, von dem aus kein vorwärts und kein rückwärts, kein Weg nach links und kein Weg nach rechts mehr möglich scheint. Weniger im Bund, wo ein „staatserhaltender" Ordnungsblock in drei- bis vierfacher Mehrheit dem staatsfeindlichen Sozialismus entgegensteht, als in einzelnen städtischen Kantonen. Es ist die Wirkung des sozialistischen Klassenkampfes, daß sich die „bürgerliche Klasse", freisinnig und konservativ, katholisch und evangelisch, deutsch und welsch, zu einem einzigen Block zusammengeschlossen haben. Der „bürgerlichen Klasse" ist es dadurch gelungen, die Zerschlagung des schweizerischen Staates durch das „Proletariat" zu verhindern. Die Politik des bürgerlichen Ordnungsblockes kann aber lediglich defensiver, nie aufbauender Arbeit sein. So unsinnig es an sich ist, eine „proletarische Klasse" zu konstruieren und diese in Gegensatz zu setzen zu einer „bürgerlichen Klasse", so unfruchtbar, wenn auch als vorübergehende Gegenwirkung unumgänglich, ist auch die Konstruktion einer „bürgerlichen Klasse". Solange daher die Arbeiterschaft an ihrer klassenkämpferischen, dem Staate feindlichen Lehre festhält, so lange werden die nichtsozialistischen, am Staate fest-

haltenden Teile der Gemeinschaft ihre Kräfte in der rein defensiven Abwehr dagegen vereinigen müssen, und solange wird unser Staatsleben nicht aus der Stagnation herauskommen, in der es sich befindet, und die bei weiterem Andauern wegen der Abwendung immer weiterer und gerade z. T. der besten Kräfte vom Staate eine steigende Gefahr für das Weiterbestehen unseres Staates bildet. Ohne die Arbeiterschaft, des politisch regsten Elementes der Volksmassen, kann an eine künftige aufbauende Staatspolitik nicht gedacht werden. Von der Arbeiterschaft, bezw. ihrer Führerschaft aber hängt es ab, wie dieser Aufbau sich vollziehen wird. Verharrt die schweizerische Abeiterschaft bei ihrer starren Dogmatik — Nationalrat Grimm hat kürzlich in einem in der „Roten Revue" erschienenen Aufsatz „Klassenkampf oder Ministerialismus" im Gegensatz zu einer in der Arbeiterschaft weit verbreiteten Stimmung für dieses Verharren plädiert — so kann sie damit weiterhin das schweizerische Staatsleben in unfruchtbarer Stagnation erhalten. Aber sie läuft dann auch Gefahr, daß eines Tages sich Kräfte zusammenfinden, die von der Leidenschaft zum Staat erfüllt, ermüdet von der bewußten Obstruktions- und Parteipolitik, entschlossen sind, den Staat und seinen Bestand über die Parteien und ihren Bestand zu stellen.

* * *

Zum Wesen des gesunden Staates gehört auch seine Unabhängigkeit von äußern Einflüssen und Einwirkungen. Es ist müßig zu untersuchen, ob zuerst die Unabhängigkeit nach außen vorhanden sein muß, damit der Staat im Innern zweckmäßig gestaltet werden und tätig sein kann, oder ob zuerst das gute innere Funktionieren notwendig ist, um äußeren Einflüssen und Einwirkungen widerstehen zu können. Innere und äußere oder äußere und innere Politik stehen immer in engster Wechselwirkung. Im 17. und 18. Jahrhundert geriet die Schweiz gänzlich unter den Einfluß und die Einwirkung des Auslandes, d. h. Frankreichs. Zum Teil wegen der überragenden politischen und geistigen Macht, die damals Frankreich in Europa innehatte. Zum Teil aber auch, weil die damaligen Inhaber der Staatsgewalt, die regierenden Geschlechter der alten Orte, sich zur Behauptung ihrer politischen und gesellschaftlichen Stellung an Frankreich anlehnten und sich auf seine soziale Struktur stützten. Bekanntlich sind sie darob nicht nur gesellschaftlich und geistig ihrem Volk fremd geworden und haben den zeitgemäßen Ausbau ihres Staates — Heranziehung der Landbevölkerung zur Regierung, Aufhebung der Untertanenschaft usw. versäumt, sie haben die Schweiz damit auch in eine Abhängigkeit von Frankreich gebracht, aus der sie sich nicht mehr aus eigener Kraft zu lösen vermochte. Die Heraushebung aus der französischen Einflußsphäre hat erst 1814/15 durch die gegen Frankreich alliierten Mächte England, Rußland, Preußen und Oesterreich und die gleichzeitige Herstellung eines europäischen Kräftegleichgewichtes stattgefunden. Und damit erst waren die Bedingungen für die Schaffung des schweizerischen Staates des 19. Jahrhunderts gegeben.

Heute leben wir in einer Demokratie, z. T. sogar in einer direkten, in der jedem einzelnen Bürger die Beteiligung am Staatsleben mit dem Stimmzettel möglich ist. Die demokratische Staatsform will aber nicht besagen, daß mit ihrem Vorhandensein die Staatsgewalt faktisch von allen einzelnen Bürgern oder ihrer überwiegenden Mehrzahl gehandhabt werde. Keine Staatsform ist so geeignet, die faktische Inhaberschaft der Staatsgewalt unsichtbar zu machen, wie die demokratisch-parlamentarische. Nicht mehr die breiten Massen des Bauern- und Bürgertums sind es, die, wie in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, heute die Herrschaft im Staate führen. Die Industrialisierung des Landes und der allgemeine Verkehrsaufschwung in den letzten Jahrzehnten haben als neue Mächte die Großindustrie und die Bank- und Handelswelt emporgebracht. Durch die Beherrschung der großen Presse und den starken Einfluß auf das Parlament, hauptsächlich dadurch, daß sie einen Großteil von dessen Mitgliedern durch Aktienbesitz oder Mitgliedschaft in den Verwaltungsräten ihrer Unternehmungen usw. zu binden wissen, üben diese heute den bestimmenden Einfluß im Staate aus.

Dieser Einfluß ist entscheidendend besonders am Ende des Weltkrieges, als sich die Schweiz plötzlich vor Entscheidungen außenpolitischer Natur gestellt sah, zutage getreten. Jene Kreise kannten, als in Rußland die Revolution in sozialistisch-marxistischem Gewande ausgebrochen, als Deutschland vom langen Krieg zermürbt zusammenbrach und ebenfalls ein Versuchsboden für sozialistische Experimente zu werden schien, und als im eigenen Lande die revolutionäre Arbeiterschaft keck das Haupt erhob, keine andere Sorge, als wie sie sich in ihrer bisherigen politisch und gesellschaftlich herrschenden Stellung erhalten und das Eindringen wirtschaftsdemokratischer Neuerungen zu uns verhindern könnten. In nicht gerade sehr weitblickender Ueberlegung waren sie gewillt, das angrenzende Deutschland und Oesterreich ihrem Schicksal zu überlassen, um bei derjenigen Festlandsmacht, die das Chaos dort zwar nicht unmittelbar veranlaßte, ihm aber zweifellos jeden Vorschub leistete, und die ihnen als die konservative Ordnungsmacht, als der Hort des Anti-„Bolschewismus" in Europa erschien, bei Frankreich, Schutz und Unterstand zu suchen, wenn nötig auch gegen das eigene „revoltierende" Volk. Sie fanden dabei durchaus Entgegenkommen bei der wenig industrialisierten und wegen ihrer Bluts- und Sprachverwandtschaft und ihren sehr lebhaften Sympathien während des Krieges sowieso nach Frankreich neigenden Westschweiz. Und schließlich noch gelang es ihnen, die Bauernschaft für ihre Politik zu gewinnen, durch einen Handel mit deren Führer Laur, der für das Versprechen guter Käs- und anderer Preise zur Allianz bereit war. So mit der nötigen Stimmenzahl hinter sich, vollzogen sie im Frühjahr 1920 durch den Beitritt zum Versailler Völkerbund den Anschluß an die konservative Vormacht des Festlandes, an Frankreich, in der Meinung, damit vor allen künftigen Erschütterungen ihrer Positionen im eigenen Land bewahrt zu sein.

Seither hat sich einiges geändert. Die Abstimmung vom 18. Februar dieses Jahres über das Zonenabkommen, die erste Bekundung des schweizerischen außenpolitischen Willens seit der Abstimmung über den Beitritt zum Völkerbund, weist wesentliche Verschiebungen in den Stimmenzahlen auf. Die Bauern, die am 16. Mai 1920 — wegen des höhern Käsepreises — zugunsten des Anschlusses an den Westen den Ausschlag gaben, sind abgeschwenkt und leisten ihrer mit der Industrie-, Bank- und Handelswelt paktierenden Führerschaft kein Gefolge mehr. Diese, die Industrie-, Bank- und Handelswelt, besitzt zahlenmäßig heute nur noch eine kleine Gefolgschaft. Aber mittelst der großen Presse übt sie noch immer einen starken Einfluß auf die öffentliche Meinung. Die Stellung dieser sog. großen und „offiziellen" Presse zu den Vorgängen der europäischen Politik ist noch ziemlich die gleiche wie die nach der Neuorientierung von Ende 1918 eingenommene: Deutschland seinem Schicksal überlassen, Frankreich schonen, selbst in dem immer wuchtiger aufklaffenden französisch-englischen Gegensatz, denn Frankreich ist, abgesehen davon, daß es sehr mächtig ist, die konservative „Ordnungs"-Macht, bei der man stets Anlehnung und Schutz findet gegen „revolutionäre" Gelüste des eigenen Volkes. Und — was das bemerkenswerte ist: Die Industrie-, Bank- und Handelswelt besitzt für ihre Politik noch immer die Mehrheit im Parlament. Das Parlament hatte — der Nationalrat zwar mit schwachem Mehr — das Zonenabkommen angenommen. Das Volk es mit einem gewaltigen Mehr verworfen. In der deutschen Schweiz stehen mittleres und Kleinbürgertum und Bauernschaft (und Arbeiterschaft, diese aber aus andern Gründen) außenpolitisch auf dem nationalen Boden. Das Parlament vertritt in seiner Mehrheit offensichtlich seine eigentliche Wählerschaft nur formell, faktisch vertritt es andere Mächte. Aber auch der Bundesrat, die oberste Landesbehörde, ist heute gar nicht der Exponent des außenpolitischen Willens der überwiegenden Mehrheit des Volkes. Er ist auch nach der Abstimmung über das Zonenabkommen noch ganz auf die neuorientierte schweizerische Außenpolitik von 1919 eingestellt. Es offenbart sich in dieser Tatsache eine große Lücke in unserer Verfassung. Wären wir ein rein parlamentarisch regiertes Land, so hätte die Regierung nach der Zonenabstimmung, in der ihre Politik vollständig desavouiert worden ist, abtreten müssen. Das ist nun, weil wir nur halb eine

parlamentarische Demokratie sind, nicht üblich. Dann muß aber zum mindesten die Wahl des Bundesrates oder wenigstens seiner Spitze durch das Volk erfolgen. Sonst kann schließlich das Volk zehnmal in einer Abstimmung seinen Willen bekunden und die Regierung macht doch das Gegenteil davon.

Zweifellos läßt sich der Bundesrat in seiner Haltung nach wie vor sehr stark durch die Meinung der welschen Schweiz bestimmen. Dagegen ist an und für sich nichts einzuwenden. Die Staatsklugheit verlangt Rücksicht auf Minderheiten. Außerdem bildet die welsche Schweiz ein politisch ganz besonders reges, in der Erfassung neuer Situationen sehr gewandtes Element. Aber auch in der welschen Schweiz hat sich seit 1919 vieles geändert. Das wird oft übersehen, weil man zu sehr auf ihre Zeitungen abstellt. So wenig in der deutschen Schweiz die sog. große und offizielle Presse auch nur im entferntesten als der Ausdruck der Meinung und Denkart der großen Masse des deutschschweizerischen Volkes gelten kann, so wenig kann es die welsche Presse für die welsche Schweiz. (Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die in Heft 3 dieses Jahrganges abgedruckten Aeußerungen William Martins.) Bei der Abstimmung über das Zonenabkommen war die welsche Schweiz ganz und gar nicht mehr geschlossen wie bei derjenigen über den Beitritt zum Völkerbund. Oberst Feyler hat zwar kürzlich in der „Gazette de Lausanne" erklärt, ein Austrittsversuch aus dem Völkerbund werde die welsche Schweiz nicht mehr wie bei der Zonenabstimmung gespalten, sondern fest geschlossen als Gegner, als einen „welschen Block" finden. Nun denkt auch gar niemand ernsthaft daran, nur aus Demonstrationsgründen einen Austritt aus dem Völkerbund zu veranlassen. Ein solcher kommt einzig in Frage, wenn dazu eine dringliche Staatsnotwendigkeit vorliegt. In diesem Fall würde sich schließlich dann auch die welsche Schweiz mehrheitlich einem Austritt anschließen. Man nimmt nämlich den Völkerbund in der welschen Schweiz viel weniger ernst als etwa in denjenigen Kreisen der deutschen Schweiz, die von ihm das Heil der Welt erwarten. Die welsche Schweiz verliert sehr bald das Interesse daran, sobald er nicht mehr ausschließlich zugunsten Frankreichs tätig ist. Gegen seine Verwendung zu ungunsten Frankreichs, auch wenn damit dem allgemeinen Frieden sehr wohl gedient wäre, setzt sie sich sogar des entschiedensten zur Wehr (vergl. z. B. den Komiteebericht der waadtländischen Vereinigung für den Völkerbund, in dem die Resolution des Zentralkomitees der schweizerischen Vereinigung, die vom Bundesrat die Intervention beim Völkerbundsrat wegen der Reparationsfrage verlangt, mißbilligt wird). Kurz, die welsche Schweiz kann durchaus nicht als ein Hindernis einer rein nationalen, nur den Staat und sein Wohl und Gedeihen im Auge behaltenden Politik erscheinen.

* * *

Wie aber soll nun in Anbetracht der inneren Zerspaltung in mehrere annähernd gleich starke Parteigruppen der Neubau unseres regenerationsbedürftigen Staates erfolgen? Bürger-, Bauern- und Arbeiterschaft stehen sich heute im Interessenkampf gegenüber, unter sich teilweise noch zerspalten durch die Gegensätze evangelisch — katholisch und deutsch — welsch. Ueberall geht das Partei- und Wirtschaftsinteresse dem Staat voran. Die führende Schicht der Handels- und Industriewelt ist vielfach dem eigenen Volk entfremdet und neigt dazu, den ungestörten Geschäftsgang und die Behauptung ihrer gesellschaftlichen und politischen Stellung über die Notwendigkeiten des Staates zu stellen; die Bauern stimmen dem Anschluß der neutralen Schweiz an eine Großmächteallianz zu, wenn ihnen dafür eine Erhöhung des Käsepreises in Aussicht gestellt wird; die Arbeiter freuen sich über jede Schwächung des „bürgerlichen" Staates, weil sie sich dadurch dem proletarischen Paradies des staatslosen Menschheitszustandes näher gekommen wähnen. Das nennt man heute Politik! Und die Nation, der Staat geht darüber zugrunde! Das ist der große Gedanke, den in Italien der Fascismus in Wirklichkeit umzusetzen versucht: Zuerst der Staat, zuerst die Nation und was ihr frommt. Dann erst die Partei. Um ihm Leben zu verleihen, haben die fascistischen Führer

versucht, selbst den Weg der Partei, aber einer Partei des Staates zu beschreiten, einer Partei, die alle andern Parteien in sich aufzunehmen fähig, und wo ihr Widerstand entgegengesetzt, diesen zu brechen imstande ist. Müssen wir vielleicht in der Schweiz auch den Weg einer nationalen, einer Staatspartei beschreiten, die den Rahmen abgeben kann für das notwendige Regenerationswerk an unserm Staat? Diese Frage stellen, soll nicht gleichzeitig heißen, sie beantworten. Aber daß eine solche Frage heute des Nachdenkens wert ist, kann wohl nicht bestritten werden.

Zürich, den 26. Juli 1923. Hans Oehler.

Zur politischen Lage.

Am 31. Oktober 1918, mittags, verabschiedete auf dem Bahnhof in Adana der neue türkische Oberbefehlshaber Mustapha Kemal Pascha den scheidenden deutschen Führer Marschall Liman von Sanders. Ein Zeitraum beispiellosen Zusammenbruchs ging damit zu Ende. Am 19. September hatten die Engländer die türkische Front in Palästina überrannt, und jetzt, kaum anderthalb Monate später, konnten sich nur noch klägliche Trümmer der Türken viele hundert Kilometer weit nördlich am Saum des kleinasiatischen Hochlandes sammeln. Kaum besser war es in Mesopotamien gegangen. Auf dem Balkan war ebenfalls alles zusammengebrochen und in Europa stand Deutschland vor der Kapitulation. Nach siebenjährigen, fast ununterbrochenen Kämpfen war jetzt auch die Türkei am Ende ihrer Kraft. Sie schloß mit der Entente einen Waffenstillstand. Die Deutschen und auch Enver Pascha verschwanden. In Konstantinopel und an den Meerengen ließ sich die Entente häuslich nieder. Palästina und Mesopotamien steckten die Engländer endgültig ein. In Syrien und Cilicien richteten sich die Franzosen, an der kleinasiatischen Küste die Griechen ein. Nur in den Gebirgen und Steppen des innern Kleinasiens konnten sich die Trümmer der türkischen Heere unter dem neuen Führer Mustapha Kemal sammeln. Die Türkei schien der Entente auf Gnade und Ungnade ausgeliefert!

Allein selbst diese armseligen, zerschlagenen Ueberbleibsel vermochte der neue Führer zu energischem Widerstand zusammenzufassen. Der Kampf begann gegen die Franzosen und brachte Mustapha Kemal sofort den Gewinn von Cilicien. Bald darauf gelang eine Einigung mit den auf die großen Erfolge der Engländer im Oriente eifersüchtigen Franzosen, bei der die Türken nach ihrer Art mit Versprechungen nicht sparten. Mit französischer diplomatischer Unterstützung, mit französischen Waffen und Munition ging es dann gegen die Schützlinge der Engländer, die übermütig gewordenen Griechen. Nach langen schweren Kämpfen errangen die Türken unter Mustapha Kemal schließlich den bekannten durchschlagenden Erfolg vor noch nicht Jahresfrist. Das siegreiche Türkenheer erschien nun an den Meerengen, den englischen See- und Landstreitkräften gegenüber. Darauf fanden sich die großen und die kleinen Beteiligten am Verhandlungstisch in Lausanne. Endlose Beratungen folgten, an denen wohl die Lausanner Hoteliers die größte Freude hatten. Theaterstreiche aller Art, vollständige Frontwechsel, Auseinandergehen und alle Künste orientalischer und europäischer Staatskunst waren da zu sehen. Zuerst war Frankreich der mächtige Schutzherr der armen Türken. Dann vollzog sich allmählich ein derartiges Erkalten der Freundschaft, daß Frankreich mit Truppensendungen nach Syrien drohte. Das Endergebnis war, daß die Türken so ziemlich alles durchsetzten, was sie erreichen wollten. Die Türkei steht heute etwas gestutzt, aber sicher nicht wackliger da als vor 1914. Und sicher bedeutet der Lausanner Friede für sie keinen endgültigen Abschluß des Wiederaufbaus. Die erste gün-

stige Gelegenheit wird die Türken zur Wiedererlangung der verlorenen Gebiete von neuem auf den Plan rufen. Einstweilen haben sie an der innern Kräftigung des durch die unaufhörlichen, elfjährigen Kämpfe aufs äußerste erschöpften Landes genug zu tun. In diesen Dingen haben sie nach fast völliger Ausschaltung der christlichen Bevölkerungsteile (Griechen und Armenier) und nach der Abschaffung der Kapitulationen viel freiere Hand als früher. Die „Heiligkeit" der Pariser Friedensverträge ist also hier vor dem Freiheitssinn eines Volkes und unter aktivster Mitwirkung ihrer Schöpfer kläglich zu Schanden geworden.

Kann so die Türkei mit dem Ausgang recht zufrieden sein, so können das die beiden Großmächte von sich nicht behaupten. Es ist ja klar, daß die Besitzungen Frankreichs und Englands im Orient so lange nicht sicher sind, so lange die Türkei einigermaßen kräftig ist. So kann Frankreich seines neuen Besitzes in Syrien, wo es schon so lange Kulturpropaganda getrieben hat, nicht froh werden. Starke militärische Kräfte sind dort festgelegt, und außerdem kann die feindliche Stellung zu Arabern und Türken mit der Zeit die Feindschaft der ganzen mohammedanischen Welt wachrufen. Und das kann Frankreich mit seinen vielen Millionen mohammedanischer Untertanen und Hunderttausenden mohammedanischer Soldaten nicht gleichgültig sein. Und ähnliches gilt für Englands Stellung in Mesopotamien mit seinen Oelgebieten. Für beide Mächte bildet so der Orient eine unsichere Stelle, die beständige Wachsamkeit erfordert.

Und diese Wachsamkeit wird in erhöhtem Maße erforderlich wegen der Nachbarschaft der Russen und jetzt auch der Bulgaren. Der dortige Umsturz ist offenbar endgültig geworden. Der der Entente ergebene Diktator Stambuliski ist auf balkanische Art beseitigt worden. Der bulgarische Nationalismus wird nun wieder bestimmend auf die Geschicke des Landes einwirken. Auch sind in Bulgarien die Erinnerungen an das Walten des französischen Militarismus wohl noch so lebendig, daß auch Frankreich von der Neuordnung keine Vorteile erwarten kann. So bildet denn auch der Balkan ein weiterer unsicherer Posten, der allseitig berücksichtigt werden muß. In das von Frankreich seit 1918 geschaffene Vasallenstaatensystem ist auf jeden Fall eine tüchtige und vielleicht bald empfindlich fühlbar werdende Bresche geschlagen.

* * *

Das ganze Ringen im Orient und die Lausanner Komödie war schon längst in der Hauptsache nur ein kleiner Ausschnitt aus dem großen Durcheinander des englisch-französischen Gegensatzes, der allmählich überall auf der ganzen Welt mehr oder weniger offen ausgefochten wird: in Oberschlesien, wo Herr Calonder seine stachligen Lorbeeren erntet, in Danzig, am Rhein und an der Saar, am Völkerbundssitz, in den Parlamenten und Volksversammlungen und vor allem in den Redaktionen und den Telegraphenbureaus. Alles ist einstweilen noch Geplänkel, alle Möglichkeiten werden immer noch offen gehalten. Eines ist aber sicher: Der französische Nachbar wird den Engländern seit 1918 immer unbequemer. Politisch pfuscht er ihnen überall dazwischen und sucht immer unverhüllter seine Hegemoniebestrebungen durchzusetzen. Und auch wirtschaftlich hat sich Frankreich derartige Rohstoffquellen gesichert und seine Industrie derart gekräftigt, daß Herr David Lloyd George seine Landsleute bereits zum Aufsehen mahnt. Das verbessert natürlich die Stimmung nicht.

Das größte, für die Welt im allgemeinen und die Schweiz im besondern wichtigste Teilstück dieses Ringens spielt sich seit 1918 am Rheine und in Deutschland überhaupt ab. In der in diesen Blättern schon öfters klar-

gestellten Lage ist hier keine wesentliche Aenderung eingetreten. Frankreich will selbstverständlich nach wie vor in erster Linie nicht Geld, das es ja sicher nebenbei ganz gerne nimmt, sondern die absolute Beherrschung möglichst weiter deutscher Gebiete, die Zerschlagung des 60 Millionen-Reiches und den Gewinn der wichtigsten mitteleuropäischen Rohstoff- und Industriegebiete für den Kreis seiner Volkswirtschaft. England dagegen will nach wie vor nicht irgend einen Liebesdienst für Deutschland, sondern es will einfach die äußerst bedrohlichen und der Erfüllung immer näher rückenden Pläne Frankreichs verhindern. Dabei befindet sich Frankreich von Anfang an als Angreifer und vor allem auch als Besitzer des nötigen Rückhaltes in Form von 800,000 Soldaten und einigen tausend Flugzeugen im Vorteil. England dagegen hat in der ganz unerwarteten Zähigkeit des deutschen Widerstandes einen sehr wertvollen Bundesgenossen gefunden. Dieser Bundesgenosse könnte noch viel wertvoller sein, wenn man im unbesetzten Deutschland nicht immer von neuem zuerst die Republik retten wollte, bevor man an den äußern Gegner denkt!

Die englische Regierung ist zweifellos heute in keiner angenehmen Lage. Sie arbeitet mit der altgewohnten Geschicklichkeit angelsächsischer Staatskunst daran, die Franzosen zum Einlenken zu zwingen. Das diplomatische Spiel ist beständig im vollen Gang. Für die großstädtische Presse und auch für die Korrespondenten unserer großen Blätter sind goldene Zeiten; sie lassen jeden Tag neue „absolut sichere" Nachrichten vom Stapel. Tatsache ist aber, daß heute noch, trotz der Reise des Herrn Benesch, irgend eine für beide Teile annehmbare Lösung nicht zu erkennen ist. Auch die neuen englischen Erklärungen haben da sehr wenig „Neues" gebracht. Wenn der deutsche Widerstand anhält, so kann dieses Spiel noch längere Zeit dauern. Man muß sich aber darüber klar sein, daß jederzeit in Deutschland oder im Ruhrgebiet Ereignisse eintreten können, die alle Beteiligten, und das ist so ziemlich die ganze Welt, vor die schwersten Entscheidungen stellen müssen!

* * *

In den gleichen Rahmen des englisch-französischen Gegensatzes gehören auch noch zwei andere weniger beachtete Ereignisse des abgelaufenen Monates. Im Völkerbundsrat hat Lord Robert Cecil einen Vorstoß gegen Frankreich wegen des Saargebietes unternommen. Dieses Gebiet mit seinen 600,000 Einwohnern wird bekanntlich für fünfzehn Jahre vom Völkerbund verwaltet, während das Nutzungsrecht an dem einzigen Reichtume des Landes, den Kohlengruben, Frankreich zusteht. Nach dieser Frist soll eine Volksabstimmung über das Schicksal des Landes entscheiden. Einstweilen wird die Regierungsgewalt von einer fünfköpfigen, vom Völkerbund eingesetzten Regierungskommission ausgeübt. An deren Spitze steht ein Franzose, und dazu gehören ferner ein Belgier, ein in Paris in Schulden geratener dänischer Graf, ein Bürger des Saargebiets, der von Frankreich ausgesucht worden ist, und schließlich ein Kanadier. Bei dieser Zusammensetzung ist es begreiflich, daß die Regierungskommission ausschließlich die Geschäfte Frankreichs besorgt, d. h. so gut als möglich dafür sorgt, daß die Abstimmung einmal zugunsten Frankreichs ausfallen soll. Dabei schreckt sie vor allen möglichen Verletzungen des Versailler Vertrags nicht zurück. Bekannt ist z. B., daß entgegen den klaren Bestimmungen dieses Vertrages gegenwärtig noch eine französische Besatzung und auch französische Polizei im Lande ist. Die Bevölkerung hat sich deshalb seit jeher mit aller Kraft gegen die Tätigkeit der Regierungskommission ausgesprochen, ohne aber beim Völkerbund irgend welchen Schutz zu finden. Der Völkerbund oder sein Rat hat sich eben auch hier als willfähriges Instrument der Großmachtspolitik erwiesen. Nun hat England

eingegriffen und gestützt auf die Aussagen des kanadischen Mitglieds der Saarregierung eine Untersuchung durchgesetzt. Die ganze Sache ist nach der Abschaffung der Geheimdiplomatie streng hinter verschlossenen Türen durchgeführt worden. Was geschehen ist, weiß man nicht genau. Jedenfalls ist die Sache nicht ganz zur Befriedigung Frankreichs verlaufen. Schließlich ist einstimmig ein Beschluß gefaßt worden, der unter anderm den Ersatz der französischen Gendarmerie durch Einheimische fordert. Auf den Fortgang der Angelegenheit kann man gespannt sein. Wünschenswert wäre es jedenfalls, daß in diesem Völkerbundsgebiet einmal rechts- und vertragsmäßige Zustände eintreten würden!

Kaum beachtet traten ferner Frankreich, England und Spanien zu einer Konferenz über das Schicksal von Tanger zusammen. Diese marokkanische Küstenstadt, unmittelbar gegenüber Gibraltar gelegen, bildet bisher einen neutralen Ausschnitt in dem den Spaniern zugesprochenen Gebiet. Bei der Verwaltung durch die diplomatischen Vertreter der Mächte haben sich jedoch Mißstände gezeigt. Darum soll jetzt eine Neuordnung der Verhältnisse getroffen werden. Wie das aber geschehen soll, darüber gehen die Ansichten weit auseinander. Spanien hätte das Gebiet begreiflicherweise gern für sich. Frankreich möchte dem Sultan von Marokko, d. h. sich selbst, möglichst viel Einfluß bewahren. England endlich will um jeden Preis verhindern, daß sich irgend jemand in Tanger festsetzt und damit seine Stellung in Gibraltar gefährdet. So stehen sich vor allem die Wünsche Englands und Frankreichs auch hier schnurstracks gegenüber. Die Zusammenkunft ist dementsprechend auch völlig ergebnislos verlaufen. Man kann gespannt sein, welche Lösung hier schließlich gefunden wird. Wahrscheinlich wird die Sache bis zu einem allgemeinen Großreinemachen aufgeschoben. Bezeichnend ist dabei aber, daß auch hier ein Reibungspunkt zwischen den beiden mächtigsten Staaten Europas besteht.

* * *

Auffallend zurückhaltend verhält sich in dem ganzen Getriebe fortwährend Italien unter seiner fascistischen Regierung. Mussolini entwickelt immer noch seine Haupttätigkeit im Innern. Die Reorganisation und Verstärkung von Heer, Flotte und Luftflotte, die Festigung der fascistischen Verwaltung, die Beseitigung des Fehlbetrages im Staatshaushalt, die Hebung der wirtschaftlichen Krise, mit all diesen Dingen beschäftigt sich der Diktator gegenwärtig. All das soll und wird Italien zu einem Eingreifen in die Geschicke Europas im geeigneten Augenblick fähig machen.

Bezeichnend für diese Organisationsarbeit des italienischen Alleinherrschers ist gerade jetzt das Vorgehen gegen Presse und Parlament. Durch das neuerlassene Pressegesetz, das alle „Vergehen gegen den Staat" und damit auch jede Kritik am Fascismus unter Strafe stellt, ist die Pressefreiheit völlig aufgehoben. Die Versammlungs- und Redefreiheit ist ja schon längst diesen Weg gegangen. So verschwinden die stolzen Errungenschaften des Liberalismus eine nach der andern. Nun ist Mussolini dabei, auch das Parlament nach seinen Wünschen umzumodeln, d. h. zu einer rein beratenden Behörde zu gestalten. Durch das neue Wahlrecht soll den Fascisten die unbedingte Mehrheit im neuen Parlament gesichert werden. Bezeichnend ist bei dem ganzen Vorgehen der überlegene Hohn, mit dem Mussolini seine Gegner behandelt, und noch bezeichnender die Art, wie diese Gegner diese Behandlung aufnehmen. Sie wagen kaum zu mucksen und stimmen gewöhnlich den gegen sie gerichteten Maßregeln noch zu. Der Fall ist jedenfalls selten, daß jemand sein eigenes Todesurteil selbst fällt. Das Ganze ist doch ein recht klägliches Schauspiel!

Zu dieser innern Arbeit Mussolinis gehört auch das möglichste Zurückdrängen

der fremdsprachigen Minderheiten, der Südslawen im adriatischen Küstengebiet, der Deutschen im Südtirol. Seinerzeit hat Italien es abgelehnt, Schutzbestimmungen für die sprachlichen Minderheiten zu unterzeichnen, wie das Polen, Rumänien usw. in den Friedensverträgen tun mußten. Italien sei ein Kulturstaat, und solche Dinge verstünden sich ja von selbst. Jetzt kann man z. B. im Südtirol sehen, wie die deutsche Sprache mit den härtesten Zwangmaßregeln verfolgt wird. Tausende deutscher Kinder müssen italienische Schulen besuchen. Alle die Rechte, die seinerzeit die Italiener in Oesterreich besaßen, werden jetzt den Deutschen in Italien planmäßig weggenommen. Aus der Absicht, Südtirol mit seinen 250,000 Deutschen in kürzester Zeit und mit allen Mitteln italienisch zu machen, wird kein Hehl gemacht. Der sattsam bekannte, auch in diesen Blättern schon verschiedentlich genannte Nationalist und jetzt Fascist Tolomei hat am 15. Juli in Bozen das Programm des Fascismus für Südtirol offen verkündet. Der jetzige italienische Senator zählt da eine unerschöpfliche Reihe von staatlichen Maßregeln auf, die jetzt angewendet werden sollen. Von der Unterdrückung der deutschen Schulen bis zum Verbot der deutschen politischen Organisation und dem Verbot des Namens „Tirol" findet man da alles aufgezählt. Dieser Vortrag bildet ein wahres Kulturdokument! Unter solchen Verhältnissen muß natürlich die Unterdrückung von Presse- und Versammlungsfreiheit doppelt schwer treffen, und nun sollen diesen fremdsprachigen Minderheiten ja durch die Wahlreform auch noch die Vertreter im Parlament genommen werden. Das sind Kulturbildchen aus dem 20. Jahrhundert und dem Zeitalter des Völkerbundes, wie man sie jetzt an allen Ecken und Enden Europas antreffen kann.

Einen merkwürdigen Gegensatz zu dieser innern Politik bildet dann das Bestreben des Fascismus, die Rechte seiner Sprachgenossen im Ausland aufs äußerste zu wahren. Das zeigte sich eben wieder in Tunis. Frankreich versucht dort ebenfalls den 120,000 Italienern die Bewahrung ihrer Sprache und Art unmöglich zu machen. Da hat Mussolini aber sofort in sehr energischem Tone Einspruch erhoben. Hier findet sich einer der Hauptreibungspunkte zwischen Frankreich und Italien.

Ueber aller dieser innern Arbeit vergißt Mussolini selbstverständlich die äußere Politik nicht. Es ist anzunehmen, daß er auch hier zu gegebener Zeit sehr energisch eingreifen wird. Durch die Ereignisse im Orient, die Lähmung Griechenlands und den Umsturz in Bulgarien, ist auf jeden Fall die Stellung Italiens in der Adria sehr erleichtert worden. Der unbequeme Nachbar, Südslawien, hat jetzt auch einen Gegner im Rücken. Die Beziehungen zu diesem Nachbarn sind fortwährend recht kühl; die Verhandlungen über einen Modus vivendi in der Adria rücken nicht vom Fleck. Das muß Mussolini für seine gesamte Außenpolitik zur Vorsicht mahnen. In dieser Ecke können die Gewehre jeden Augenblick losgehen!

Aarau, den 22. Juli 1923. Hektor Ammann.

Englischer Brief.

Die britische Arbeiterpartei als Kandidat für die Regierungsgewalt. Die neuen Wähler und die Parteien. England und die Schweiz. Neuorientierung der britischen Politik.

Die jährliche Tagung der britischen Arbeiterpartei verdiente diesmal besondere Beachtung, weil die Partei als Ergebnis der letzten allgemeinen Wahlen zum erstenmal seit ihrer Gründung vor zwanzig Jahren die offizielle Opposition im

Unterhaus geworden ist und damit nach aller menschlichen Berechnung begründete Aussicht hat, in absehbarer Zeit die Regierung in ihre Hand zu bekommen. Der berühmte Historiker der britischen Gewerkschaften, Sidney Webb, wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß die Arbeiterpartei in den Wahlen von 1913 nur in einem Zehntel der Wahlkreise Kandidaten aufstellte, für die weniger als eine halbe Million Stimmen abgegeben wurden, daß sie dagegen im letzten Wahlkampf in mehr als vierhundert Wahlkreisen Kandidaten hatte, die viereinviertel Millionen Stimmen erhielten oder nur etwa eine Million weniger als die heute regierende konservative Partei, und er prophezeite als ein Mann, der sich auf statistische Kurven versteht, daß der Partei eine klare Mehrheit aller abgegebenen Stimmen etwa ums Jahr 1926 zufallen werde. Vielleicht schließt Webb hierbei etwas zu zuversichtlich aus dem, was geschah, auf das, was geschehen wird; aber seine Berechnung ist sicher kein bloßes Hirngespinst eines fanatischen Theoretikers, sondern zeigt eine ernste Möglichkeit.

Es war nun auf der Konferenz recht lehrreich zu sehen, wie diese Möglichkeit einen Schatten auf ihre Beratungen vorauswarf, und wie sie unter den Delegierten ein Gefühl sehr ernster Verantwortlichkeit wachrief, so daß die Beratungen vom Standpunkt der sensationslüsternen Tagespresse aus gesehen viel langweiliger als sonst waren. „Von nun an," so rief der Vorsitzende, „müssen wir arbeiten, reden und handeln mit einem Gefühl der Verantwortlichkeit, das daraus quillt, daß wir jeden Augenblick den Auftrag erhalten können, unsere Pläne und Projekte nun auch auszuführen," und er gab das Leitmotiv für die Beratungen, indem er dem Sozialismus, zu dem sich die Partei bekennt, einen evolutionären, nicht einen revolutionären Charakter zusprach. „Es wäre sehr leicht," meinte er, „Proklamationen einer allgemeinen Veränderung aufzusetzen und selbst in einer einzigen Sitzung Gesetze zu erlassen, welche einen neuen Himmel und eine neue Erde bringen wollen; das Ergebnis am nächsten Morgen wäre aber überhaupt keine Veränderung, es sei denn das Eintreten eines allgemeinen Wirrwarrs." Und wiederum: „Selbst wenn unser Ziel wäre, alles auf einmal zu revolutionieren, würden wir uns doch gezwungen sehen, jede besondere Aenderung nur eine nach der andern und nur in dem Umfang und in der Art vorzunehmen, wie die zehn bis fünfzehn Millionen Wähler von allen möglichen Lebensbedingungen und Temperamentsarten veranlaßt werden könnten zuzustimmen." Die Konferenz fühlte, daß das Worte der Weisheit waren, und sie nahm es auch in keiner Weise übel, als Sidney Webb sie daran erinnerte, nicht Karl Marx sei der Vater des britischen Sozialismus, sondern Robert Owen, „der nicht den Klassenkrieg predigte, sondern die alte Lehre von der menschlichen Brüderlichkeit."

Vielleicht kam die Grundstimmung der Konferenz in nichts deutlicher zum Ausdruck, als in der überwältigenden Mehrheit (2,880,000 gegen 366,000 vertretene Stimmen), womit sie einen Vorschlag, die Kommunisten zum Anschluß an die Partei zuzulassen, verwarf. Sie fühlte eben, daß der Kommunismus seinem Wesen nach tatsächlich die Verleugnung eben jener Idee „eines Sozialismus in Stationen" ist, zu der sie selbst sich dieses Jahr deutlicher als je bekannte. Eines der radikaleren Mitglieder des Vollzugsausschusses, Frank Hodges, gab dem allgemeinen Gefühl Ausdruck, wenn er den fundamentalen Prinzipienstreit zwischen dem Kommunismus und allen andern Parteien in die Worte formulierte: „Es wäre der helle Wahnsinn, wenn wir, die wir an die politische Demokratie glauben, den Anschluß einer Partei annehmen würden, die laut erklärt, politische Demokratie sei nichts wert. Rußland hat die politische Demokratie des Westens nichts zu lehren." Nicht weniger bedeutungsvoll war aber, daß die Konferenz über einen Antrag, sie solle erklären, „daß die königliche Familie nicht länger

nötig sei als ein Teil der britischen Verfassung," einfach zur Tagesordnung überging und einen andern Antrag, der die Arbeiterabgeordneten instruieren wollte, gegen alle Forderungen für Wehrzwecke zu stimmen, mit 2,924,000 gegen 808,000 Stimmen verwarf. Solcher Abstimmungen, die zeigten, wie der Wind in der Partei weht, ließen sich noch eine ganze Reihe anführen.

Die Zurückhaltung, die sich die Parteikonferenz so auferlegte, ihre beinahe ängstliche Ableugnung jeder revolutionären und umstürzlerischen Tendenz, ihre Betonung aufrichtig demokratischer Gesinnung, die nie anders regieren will als in voller Uebereinstimmung mit der jeweiligen öffentlichen Meinung und mit jeder Rücksicht auf ihre Bereitschaft für eine Aenderung in den Lebensgewohnheiten und Einrichtungen, alles das war keineswegs nur durch die Rücksicht auf den zur Macht führenden Stimmenfang unter den der Partei noch nicht angehörenden Millionen diktiert, sondern womöglich noch mehr durch die Tatsache, daß sich die Partei zwar offiziell zum Sozialismus bekennt, daß aber die große Mehrheit ihrer Mitglieder keine überzeugten und bewußten Sozialisten sind, sondern gewöhnliche Durchschnittsengländer, die sich als Gewerkschaftler zwar für Fragen der Löhne und der Arbeitsbedingungen mächtig interessieren, aber für soziale Theorien sehr wenig übrig haben und in allen andern Fragen des öffentlichen und privaten Lebens genau so denken und fühlen wie die übrigen Engländer auch. Nichts scheint mir das überzeugender zu beweisen als die Tatsache, daß sich im ganzen Britannien keine täglich erscheinende Arbeiterzeitung aus eigener Kraft halten kann, und daß die einzige Tageszeitung dieser Art, die es gibt, der Daily Herald, die Parteikasse letztes Jahr 12,179 Pfund Sterling kostete. Die Masse der britischen Arbeiter liest eben eigensinnig lieber die „Bourgeois"-Blätter und vor allem die großen Londoner Sonntagsblätter, die samt und sonders Millionären gehören. Nebenbei gesagt, wird auch in der auswärtigen Politik die Aktionsfreiheit der Leitung der britischen Arbeiterpartei dadurch sehr beschränkt, daß sie weiß, wie sehr die Arbeiterschaft noch unter dem Einfluß einer Presse steht, die ihr über Deutschland immer wieder die alten Lügen vorsetzt. Es ist in dieser Beziehung recht bezeichnend, daß das Organ der Diehards, die Morning Post, eine besonders wirksame Waffe gegen die Arbeiterschaft darin gefunden zu haben glaubt, daß sie sie als eine „prodeutsche" Organisation denunziert.

Wenn man die britische Arbeiterpartei richtig verstehen will, muß man sich immer wieder an die Tatsache erinnern, daß sie keine Partei im gewöhnlichen Sinn des Wortes ist, sondern ein Verband von Gewerkschaften, von örtlichen Arbeiterparteien, von örtlichen Gewerkschaftsvereinigungen, den sogenannten Trade Councils, und von ein paar sozialistischen Gesellschaften, unter denen die sogenannte „unabhängige Arbeiterpartei" mit ihren ungefähr 30,000 Mitgliedern als das sozialistische Gehirn der britischen Arbeiterbewegung bei weitem die einflußreichste ist. Diese Trade Councils, Local Labour Parties und sozialistischen Gesellschaften zählen zusammen noch keine 200,000 Mitglieder, und man kann daher ruhig sagen, daß 95 Prozent der Mitglieder der Arbeiterpartei ihr angehören, insofern und weil sie Mitglieder von Gewerkschaften sind, die sich ihr angeschlossen haben. Als Oppositionspartei hat die Arbeiterpartei bisher eine große äußere Geschlossenheit gewahrt, wenn sich auch gerade in letzter Zeit zwischen einem weit überragenden rechten Flügel und einer extremen Linken, meist schottischer Herkunft, bedeutende Risse zeigten. Würde die Partei aber einmal an die Regierung gelangen, dann würde es wahrscheinlich ziemlich schnell zu einer Spaltung kommen, da die tatsächlichen Gegensätze innerhalb dieser Partei von fundamentalerer Natur sind, als die in den zwei andern Parteien, der liberalen

Wechsel der Parteien in der Regierungsgewalt die Staatsmaschine tatsächlich reguliert, und gegen den auch die Arbeiterpartei nicht regieren könnte.

* * *

Die enorme Ausdehnung des Wahlrechts, die der Krieg mit dem Wahlgesetz von 1917 brachte, welches Britannien zum erstenmal ein faktisch allgemeines Wahlrecht gab, während es vor dem Krieg auf kaum mehr als ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung beschränkt war, macht alles Voraussagen über die nächste Entwicklung der politischen Dinge hier zu Lande schwieriger als je. Ein großer Prozentsatz dieser neuen Wählermassen ist politisch noch ganz ungeschult und zugleich apathisch, so daß auch bei den letzten Wahlen noch an zwanzig Prozent der Wähler zu Hause geblieben sind. Mit diesem „steuerlosen" Zustand des größern Teils der heutigen Wählerschaft hängt auch der mehr oder weniger flüssige Zustand zusammen, in dem sich heute alle die politischen Parteien Britanniens befinden, und vielleicht werden ein paar mehr oder weniger unentschiedene Wahlkämpfe nötig sein, bevor sich die Wähler wieder bewußter und dauernder als heute in bestimmte politische Lager verteilt haben. Inzwischen kann man nur daran festhalten, daß auch die neuen Wählermassen in ihrer enormen Mehrheit Engländer sind, d. h. Menschen, die ihrem Wesen und allen ihren Traditionen nach konservativ gesinnt sind, alles Revolutionäre schroff mit der Vergangenheit Brechende instinktiv verabscheuen, immer zu Kompromissen neigen und weniger leidenschaftlich und logisch in ihrer Politik als die meisten andern Völker, immer bereit sind, aus der Erfahrung zu lernen. England treibt ohne Zweifel schweren sozialen Kämpfen entgegen; es wird aber dank seinem pragmatistischen Temperament auch mit ihnen fertig werden ohne ernste Schädigung für das Gemeinwohl und ohne Gefährdung des parlamentarischen Regierungssystems, vorausgesetzt daß es gelingt, den wirtschaftlichen Ruin zum Stehen zu bringen, den der neue französische Imperialismus über Europa und damit auch über England zu bringen droht, und so die verheerende Arbeitslosigkeit zu enden, die England nun schon mehr als zwei Jahre schwer quält. Diese enge Verknüpfung zwischen den bedrohlichsten Problemen der inneren Politik Englands und der Entwicklung der europäischen Dinge wird von den leitenden konservativen Staatsmännern, ich will nicht sagen, verstandesmäßig begriffen, wohl aber, wie man hier sagt, „in ihren Knochen gefühlt". Und darin und nicht in irgendwelchen Erwägungen der Menschlichkeit oder irgendwelchem „europäischem" Fühlen liegt die treibende Kraft, die sie bestimmt, die Politik der wohlwollenden Impotenz aufzugeben und in einem neuen entschlossenen Versuch, den drohenden Ruin von Europa abzuwenden, die Führung zu übernehmen.

* * *

Ich sprach diese Woche mit einem Engländer, der seiner ganzen Stellung nach die Ansichten der hiesigen leitenden Kreise gut kennen muß, über die Rückwirkung, welche die Ablösung des mitteleuropäischen Machtsystems durch das westeuropäische Versailler Machtsystem auf Staaten wie die Schweiz und Holland hat, die sich unter jenem System während des neunzehnten Jahrhunderts gut entfalten konnten. Ich wies darauf hin, daß insbesondere in der Schweiz, ob nun offen eingestanden oder verschwiegen, die Ansicht weitverbreitet sei, daß ihre Unabhängigkeit und Neutralität abgesehen von ihrem eigenen darauf gerichteten aktiven Willen bis zum Weltkrieg auf dem europäischen Gleichgewicht ruhten, und daß sie nun nach dessen Zerstörung von dem italienischen und dem französischen Imperialismus ernstlich bedroht seien. Ich bemerkte, daß in der Schweiz und auch in Holland das historische Denken stärker entwickelt sei als in England, und daß die geschichtliche Erfahrung ihnen allen Grund gebe, den französischen

Imperialismus, wie er nun, alter Gewohnheit folgend, seine Tatzen auf den Rhein lege, zu fürchten, was er in keiner Weise bestritt. In der Schweiz, so fuhr ich fort, habe die Entwicklung der Dinge seit Versailles die Befürchtung geweckt, daß zwar England nach wie vor an der Erhaltung der Unabhängigkeit der kleinen Staaten Europas vital interessiert sei, daß es aber anderseits auf dem Kontinent augenblicklich so einflußlos und so zur Rücksichtnahme auf seine Alliierten gezwungen sei, daß die Wirksamkeit seiner Unterstützung dadurch sehr in Frage gestellt werde. Mein Gewährsmann antwortete sehr lebhaft, die Ansicht, daß Englands Politik auf die Erhaltung der Selbständigkeit der Schweiz, und zwar in ihrem vollen territorialen Bestand, von der Hollands gar nicht zu reden, nach wie vor großen Wert legen müsse, sei durchaus berechtigt, und er setzte hinzu, daß auch wichtige wirtschaftliche Interessen Englands in demselben Sinn wirken. England nehme, wie die Schweiz, das lebhafteste Interesse an der Erhaltung der freien Rheinschiffahrt, und die Schweizer Handelsstatistik zeige, daß die englische Einfuhr letztes Jahr in nicht weniger als fünfzig Artikeln an erster Stelle stand. England sei heute nicht geneigt, irgend einen guten Kunden, den es auf dem Kontinent noch habe, zu opfern. Er kam in diesem Zusammenhang darauf zu sprechen, daß die Theorie, England könnte sich von Europa zurückziehen und für seinen dort verlorenen Handel außerhalb Europas Ersatz suchen, auch in konservativen Kreisen ganz in den Hintergrund geschoben worden sei, und zwar durch die zunehmende Erkenntnis, daß eine solche Umstellung des englischen Handels im allergünstigsten Fall jedenfalls sehr viel Zeit erfordern würde, die es sich mit dem Hinblick auf die schreckliche Arbeitslosigkeit und die in ihr liegenden politischen Gefahren einfach nicht leisten könne. Der Engländer zeigte sich auch durchaus unterrichtet über das französische Vorgehen in der Genfer Frage und nannte die erste Note Poincarés „brutal". Poincaré habe hier einen ähnlichen Fehler gemacht wie in der Ruhrfrage, mit der gänzlichen Verkennung der Natur der Leute, mit denen er es zu tun habe, wie die Verwerfung des Zonenabkommens durch das Schweizervolk wohl bewiesen habe. Er widersprach nicht, als ich sagte, in der Schweiz halte man die dadurch bewirkte Abschlagung des verkappten französischen Angriffs auf Genf nur für „vorläufig". Was die Auffassung anbelange, daß England heute auf dem Kontinent faktisch kaum mehr zähle, meinte er, werde die nächste Entwicklung der englischen Politik, wie sie die bevorstehende Regierungserklärung in den beiden Häusern des Parlaments einleiten solle, die nötige Antwort geben.

* * *

Diese Erklärung ist inzwischen erfolgt, und es ist bedeutsam, daß sie in den unterrichteten politischen Kreisen allgemein als eine letzte Warnung an Frankreich ausgelegt wird, daß England im Begriff steht, zu seiner alten historischen Rolle als der eines Beschützers der schwächeren Staaten Europas gegen die Macht eines großen Militärstaates zurückzukehren, der sich die Obergewalt über Europa zum Ziel setzt.

London, 13. Juli. O. G.